

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter

Nr. 40

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorkauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 5. Oktober 1928.

Anzeigenpreis für die viergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloerwall 9. Telefonnr. West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

29. Jahrg.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1927.

Der Jahresbericht des Gesamtverbandes für das Jahr 1927, enthalten im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1928, gibt einen instruktiven Ein- und Rückblick auf die gewerkschaftlichen und allgemein interessierenden Vorkommnisse des letzten Jahres.

Mit Befriedigung stellt der Bericht über die allgemeine gewerkschaftliche Lage im Jahre 1927 fest, daß die verhältnismäßig gute Arbeitsmarktlage die Aktivität und die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften im günstigen Sinne beeinflussten. Ein Fortschritt in der Lohngestaltung ist unverkennbar, wengleich die Preissteigerungen einen Teil der Lohnerhöhungen gleich wieder unwirksam machten. Auf sozialpolitischem Gebiet brachte das Jahr ebenfalls ansehnliche Erfolge. Organisatorisch konnten die Gewerkschaften die Schwankungsperiode der Inflationszeit überwinden. Erstmals war seit Jahren wieder ein Aufstieg der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. In ihrer grundsätzlichen Haltung blieben die christlichen Gewerkschaften sich selbst treu. Ihre Entwicklung beweist, daß in der deutschen Arbeiterschaft Verständnis für die notwendige Eigenart der christlichen Gewerkschaften vorhanden ist.

In der Übersicht über den Stand der Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik im Berichtsjahre werden die Einzelfragen kurz und knapp, unter Hervorkehrung des Standpunktes der christlichen Gewerkschaften, besprochen. Es wird die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates erörtert, das Streben der Arbeiterschaft nach Mitverantwortung und Mitbesitz in der Wirtschaft hervorgehoben. Besondere Kapitel sind der Lohn- und Preispolitik, den wirtschaftlichen Unternehmungen der christlichen Arbeiterschaft und dem Wohnungsbau gewidmet.

Der sozialpolitische Teil des Berichts würdigt vor allem die grundsätzliche Bedeutung der sozialpolitischen Bestrebungen und behandelt im einzelnen die Sozialversicherung, das Schlichtungswesen, die Fürsorge für Arbeitslose, Arbeitsrecht und Arbeiterschutz, die Arbeitszeit und das Betriebsrätewesen.

Die Abhandlungen über die Haltung der christlichen Gewerkschaften zur Beamtenbesoldung und die parlamentarische Vertretung der christlichen Gewerkschaften dürften das besondere Interesse der politisch interessierten Kreise finden.

Eingehende Behandlung erfährt naturgemäß das organisatorische Leben der christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahr. Festgestellt wird ein Mitgliederzuwachs von 76 551 und damit die Erhöhung der Mitgliederzahl auf 720 059. Im einzelnen zeigten die Verbände folgende Mitgliederentwicklung:

Verbände	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl insgesamt		Mehr bzw. weniger
		Ende 1926	Ende 1927	
1. Bauarbeiter	294	30 957	42 821	+ 11 867
2. Bekleidungsarbeiter	72	10 511	11 378	+ 867
3. Bergarbeiter	1109	92 761	97 803	+ 5 042
4. Buchdrucker	124	3 396	4 392	+ 996
5. Fabrikarbeiter	58	50 074	55 383	+ 5 309
6. Gasthausangestellte	146	17 504	17 525	+ 21
7. Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe	313	27 120	28 930	+ 1 810
8. Graphiker	110	4 038	4 465	+ 427
9. Hausangestellte	20	3 210	3 587	+ 377
10. Heimarbeiterinnen	63	7 112	7 124	+ 12
11. Holzarbeiter	451	23 215	27 813	+ 4 598
12. Landarbeiter *)	2055	79 819	79 599	- 220
13. Lederarbeiter	95	9 591	11 418	+ 1 827
14. Maler	66	2 130	2 317	+ 187
15. Metallarbeiter	162	72 442	99 044	+ 26 602
16. Nahrungsmittelarbeiter	121	7 986	9 015	+ 1 029
17. Tabakarbeiter	306	19 693	23 969	+ 4 276
18. Textilarbeiter	407	69 999	79 198	+ 9 199
Korporativ durch den Gesamtverband deutscher Verkehrs- u. Staatsbediensteter angeschlossene Verbände	5972	531 558	605 784	+ 74 226
Insgesamt	—	643 508	720 059	+ 76 551

Bekanntlich führt der Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteten noch ein gewisses Eigenleben. Seine Verbände sind in der Mitgliedschaft zumeist gemischt. Die Beamten — die dem Deutschen Beamtenbund als Spitzenorganisation angeschlossen —, sind in ihnen stärker vertreten, wie die Arbeiter. Die Statistik der christlichen Gewerkschaften erfasst jedoch nur letztere. Einige Schwierigkeiten macht jedoch bei der ganzen Art der Verbände die Verantwortung der sonstigen Fragen der Gewerkschaftsstatistik. Abgesehen von der Mitgliederzahl und den Einnahmen, erscheinen so in der Statistik im wesentlichen nur Angaben der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften direkt angeschlossenen Verbände. Der in der Umstellung befindliche Gärtnerverband ist mit seinen Zahlen bereits dem Landarbeiterverband zugeschlagen worden. Daraus erklärt sich auch der Rückgang der Landarbeitergruppe.

Weibliche Mitglieder wurden 121 831 am Jahreschluss 1927 gezählt. Verbände mit weiblichen Mitgliedern sind folgende:

Verband	Zahl der weiblichen Mitglieder	Mehr oder weniger gegen das Vorjahr
Bekleidungsarbeiter	6 489	- 397
Fabrikarbeiter	8 044	+ 742
Gasthausangestellte	456	- 374
Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe	2 640	- 420
Graphiker	2 115	+ 288
Hausangestellte	3 587	+ 446
Heimarbeiterinnen	7 124	- 64
Holzarbeiter	996	+ 177
Lederarbeiter	3 445	+ 729
Metallarbeiter	4 994	+ 66
Nahrungsmittelarbeiter	2 950	+ 16
Tabakarbeiter	18 851	+ 4 461
Textilarbeiter	42 347	+ 2 222
Insgesamt	121 831	+ 7 288

Während der Gesamtmitgliedergewinn der christlichen Gewerkschaften gegen das Vorjahr 11,8 Proz. (ohne Eisenbahner usw. 13,9 Proz.) beträgt, erhöhte sich die Ziffer der weiblichen Mitglieder nur um 6,3 Proz. Es ist also durchaus nicht so, als ob das weibliche Element leichter für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen wäre.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften macht auch erstmals Angaben über die geographische Verbreitung der christlichen Arbeitergewerkschaften. Diese Offenheit der Darstellung verdient allgemein in der Gewerkschaftsbewegung Nachahmung. Vor allem würde so verhütet werden, daß in den einzelnen Landesteilen falsche Auffassungen entstehen.

Landesarbeitsämter	Mitgliederzahl
Ostpreußen	30 631
Schlesien	45 694
Brandenburg	22 401
Pommern	7 592
Nordmark	10 999
Niedersachsen	24 485
Westfalen	132 167
Rheinland	173 719
Hessen	34 439
Mitteldeutschland	35 212
Freistaat Sachsen	19 523
Bayern	68 479
Südwestdeutschland	57 174
Saargebiet, Danzig usw.	57 544

Der erfreuliche Aufstieg der Mitgliederzahl bewirkte auch eine um 5 Millionen Mark erhöhte Einnahme der Verbände. Im einzelnen gestaltete sich die Finanzgebarung der Verbände wie folgt:

Verbände	Gesamteinnahme M.	Davon ordentl. Verbandsbeitr. M.	Gesamtausgabe M.
1. Bauarbeiter	1 967 842	1 814 375	1 127 253
2. Bekleidungsarbeiter	236 431	224 771	222 495
3. Bergarbeiter	2 614 227	2 436 502	1 794 867
4. Buchdrucker	326 688	307 434	273 688
5. Fabrikarbeiter	1 833 415	1 489 364	1 358 399
6. Gasthausangestellte	1 281 165	758 854	1 024 611
7. Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe	978 918	789 696	813 417
8. Graphiker	180 453	163 586	134 044
9. Hausangestellte	21 644	21 522	20 050
10. Heimarbeiterinnen	58 199	47 823	53 998
11. Holzarbeiter	920 846	858 281	654 090
12. Landarbeiter	762 268	633 904	759 625
13. Lederarbeiter	300 461	283 325	214 207
14. Maler	86 808	79 146	68 692
15. Metallarbeiter	3 937 258	3 761 061	2 919 587
16. Nahrungsmittelarb.	228 386	221 614	198 617
17. Tabakarbeiter	599 435	337 473	587 072
18. Textilarbeiter	2 109 013	2 044 920	1 632 651
Korporativ durch den Gesamtverband der Verkehrs- und Staatsbedienst. angeschlossene	18 443 457	—	13 857 363
Gesamt	20 814 577	—	—

Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden im Berichtsjahr von den Verbänden 747 Tarifverträge neu abgeschlossen und im Rahmen bestehender Tarifverträge 1655 Lohnvereinbarungen getroffen. Am Jahreschluss waren die christlichen Gewerkschaften nach der Statistik an 1491 Tarifverträgen mit 502 577 Mitgliedern beteiligt. Da die Bergarbeiter keine Angaben über ihre, den Tarifverträgen unterstehende Mitglieder machten, der Bergbau indes fast restlos von Tarifverträgen erfasst ist, dürften die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wohl ausnahmslos zu tarifvertraglichen Bedingungen arbeiten.

Die Zahl der offenen Arbeitskämpfe war im Jahre 1927 nicht sonderlich groß. Die christlichen Gewerkschaften waren nur an 194 Streiks und 29 Aussperrungen beteiligt.

In besonderen Berichten gibt das „Jahrbuch 1928“ eine Übersicht über die Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften auf dem Gebiete des Bildungswesens, der Rechtshilfe, der Orts- und Bezirkskartelle, der Jugend- und Arbeiterinnenbewegung, der Wohlfahrtspflege usw. Mehrere Gesamtverbandsbezirke geben für ihren Bereich besonderen Bericht. Daß in den christlichen Gewerkschaften das Bestreben vorhanden ist, sich organisatorisch den neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen, lehrt eine Abhandlung über Reformen im gewerkschaftlichen Organisations- und Verwaltungswesen. Nach dieser Seite hin fehlt ohne Zweifel noch manches. Das Jahrbuch selbst ist ein Beweis dafür, daß insbesondere auf dem Gebiete der eigenen Statistik von den christlichen Gewerkschaften noch allerlei aufzuholen ist. Vor allem wäre zu wünschen, wenn das Leben der Einzelverbände im Jahrbuch in stärkerem Maße offenbar würde. Außenstehende sind zu leicht geneigt, die christlichen Gewerkschaften nur auf Grund des Gesamtverbandsberichtes zu beurteilen. Sie übersehen dabei, daß der Gesamtverband ein „Staatenbund“ ist, und jeder der „Staaten“ seinen eigenen Bericht herausbringt, der allerdings nicht weit über den Kreis der Mitglieder hinaus bekannt wird.

Der Aufstieg der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1927 rechtfertigt die Erwartung, daß die Zeit rückläufiger Bewegung überwunden ist und den christlichen Gewerkschaften auch in Zukunft weitere Fortschritte beschieden sind. Wird die Entwicklung auch nicht immer in gleicher Weise vor sich gehen, wie im letzten Jahre, so darf doch angenommen werden, daß ein Zustand der Festigkeit erreicht wurde, der vor erneuten stärkeren Rückschlägen bewahrt.

*) Einschl. eßlich der Mitgliederzahl des Deutschen Gärtnerverbandes.

Verhandlungsbericht vom 12. Verbandstag.

3. Verhandlungstag. — Aussprache.

Am 3. Verhandlungstag erstatteten die Kommissionen Bericht über ihre Beratungen. Als Berichtserstatter der 1. Kommission sprach R u s t - E s s e n. Die große Zahl von Anträgen, die innerhalb der 1. Kommission beraten werden mußten, beanspruchten die Arbeitskraft der Kommissionsmitglieder ganz erheblich. Die gründliche Arbeit gipfelte in eingehenden Untersuchungen darüber, welche Ziele und Zwecke die einzelnen Antragsteller mit ihren Anträgen verfolgten. Dabei sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß ein großer Teil der Anträge undiskutabel ist. Insbesondere sind diejenigen Anträge, die eine erhebliche Erhöhung der Unterstützungsbeträge herbeiführen wollen, nicht geeignet, die als notwendig erkannte Stärkung des Verbandes herbeizuführen. Es ist unmöglich, auf der einen Seite die Einkünfte der Zentralkasse zu vermindern und auf der anderen Seite höhere Ausgaben zu beschließen. Darum mußten Forderungen und Notwendigkeiten in das rechte Verhältnis zueinander gesetzt werden. Die Kommission empfiehlt darum: Der Verbandstag wolle beschließen: Der Hauptkassenbeitrag ist voll an die Hauptkasse abzuführen. Der Sekretariatsbeitrag fällt in der Zukunft fort. Für örtliche Verwaltungsaufgaben sind Lokalbeiträge einzuführen. Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der Wochenbeitrag mindestens das 1½-fache des Stundenverdienstes. Die Sätze für Reise-, Arbeitslosen-, Kranken- und Umzugsunterstützung, sowie für das Sterbegeld, werden um eine Stufe erhöht. Ab 1. Januar 1929 sollen nur diejenigen Mitglieder Anspruch auf Unterstützung haben, die den 1½-fachen Stundenlohn als Beitrag zahlen. Es wird eine neue Beitragsstaffel bei 1040 Wochenbeiträgen eingeführt.

Blankenheim-Wonn äußert Bedenken bezüglich der Kommissionsvorschläge, und glaubt, daß bei einer Trennung des Beitrages in Haupt- und Lokalkassenbeiträgen eine Benachteiligung der Zahlstellen gegenüber dem heutigen Zustande eintreten könne.

Rette-Schweidnitz: Die Beitragsleistung der Kollegen in kleineren Zahlstellen ist abhängig auch von der Wohnhöhe. Meist befinden sich die kleineren Orte in niedrigen Tarifklassen, und vielfach sind in erheblicher Zahl Hilfsarbeiter als Mitglieder vorhanden. Bei Berücksichtigung dieser Umstände muß hervorgehoben werden, daß auch in kleinen Orten die Beitragsleistung oft eine gute ist, wenn auch noch manches zu wünschen übrig bleibt.

Um für alle Fälle Vorkehrung zu treffen, wäre eine andere Regelung, als die von der Kommission vorgeschlagene, herbeizuführen. Die notwendigen Gelder zur Erhaltung der Sekretariate müssen sichergestellt werden, und am zweckmäßigsten wäre es deshalb, den Krankenunterstützung muß aufgehoben, und diese in Höhe der Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden. **Platz-Nachen** erklärt, daß, wenn schon dem Vorschlag der Kommission zugestimmt würde, Bedacht auf die Ausgaben am Ort zu nehmen wäre.

Erb-Danzig hat weniger Bedenken, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Ref-Par glaubt, daß kleinere Orte eine gewisse Berücksichtigung bei der allgemeinen Beurteilung verlangen könnten.

Hammer-Kastadt schließt sich diesen Ausführungen an.

Zur Sache äußerten sich noch die Delegierten: **Reiser, Merk, Stratmann, Gruber, Meier, Krajewski, Blankenheim, Wilniewski, Crippelsdorf, Krehle, Arlinghaus, Stedem, Angermeier.**

Stratmann-Beckum: Der Vorschlag der Kommission wirkt sich nur für diejenigen Zahlstellen ungünstig aus, die bisher den 1½-fachen Stundenlohn nicht entrichtet haben. Wenn wir uns aber die Ausführungen des Kollegen Valtrusch vor Augen halten und die Aufgaben bedenken, die uns auch in der Zukunft erwachsen, kommen wir an der vorgeschlagenen Neuregelung nicht vorbei.

Wir sind eine Kampforganisation, und haben uns dementsprechend einzustellen.

Nach weiteren erklärenden Bemerkungen des Kollegen **Stedem-Röln** hat dann der Verbandstag mit überwiegender Stimmenmehrheit die bereits in Nr. 37 des Verbandsorgans veröffentlichten Beschlüsse gefaßt.

Nach eingehender Berichterstattung über die Arbeiten der 2. Kommission, die von dem Kollegen **Platz-Nachen** vorgenommen wurde, hat der Verbandstag den Beschlüssen der 2. Kommission ohne Diskussion zugestimmt.

Die Arbeiten der 3. Kommission fanden ihren Niederschlag insbesondere auch in den Entschlüssen die in Nr. 37 des Verbandsorgans bezüglich des Ausbaues des Arbeiterchutzes und zu der Frage der Innungskrankenkassen veröffentlicht sind. Die Berichterstattung erfolgte durch den Kollegen

Blankenheim-Wonn, der sehr eingehend die Beschlüsse der Kommission begründete. Widerspruch gegen dieselben wurden seitens des Verbandstages nicht erhoben.

Angermeier-Röln als Berichtserstatter der 4. Kommission: Ein erheblicher Teil der Anträge, die dem Verbandstag vorliegen, können durch eine Beschlusfassung hier nicht erledigt werden. Viele dieser Anträge beziehen sich auf Vertragsfragen, die die Tarifvertragsparteien in den einzelnen Orten und Bezirken, beziehungsweise im Reich miteinander zu regeln haben. Die Arbeiten der Kommission erstreckten sich darauf, eine Sichtung der Anträge in der Richtung vorzunehmen, inwieweit dieselben dem Zentralvorstand zur Beachtung und als Material bei Neuabschluss von Tarifverträgen zuzuweisen sind, und inwieweit andere Anträge allgemeine Forderungen enthalten. Es wird empfohlen, die diesbezüglichen Anträge dementsprechend zu behandeln, und der Entschließung bezüglich der Serienregelung zuzustimmen.

Nach eingehender Aussprache, an der sich fast sämtliche Verbandsdelegierte beteiligten, wurde nach den Vorschlägen der Kommission beschlossen. Über die Arbeiten der Kommission 5 berichtete **Wellage-Meschede**:

Die Werbearbeit ist dringend zu fördern und unverzüglich in allen Orten in Angriff zu nehmen. Einheitliche Aktionen bezirklicher und allgemeiner Art sollen eifrig gefördert werden. Wünschenswert erscheint oft eine weitere Anstellung von freigestellten Kräften. Es läßt sich aber nicht durch Verbandstagsbeschlüsse eine derartige Bestellung herbeiführen. Dazu bedarf es eingehender Prüfungen und längerer Beobachtungen der oft verschiedenen gelagerten Verhältnisse. Auch anerkennt die Kommission vorhandene Schwierigkeiten bei der Auswahl von Persönlichkeiten. Die Kommission hat sich darum auch nicht entschließen können, einen Beschlusantrag einzubringen, der dem Vorstand nach dieser Richtung hin Verpflichtungen auferlegen würde. Das gilt auch bezüglich der Anträge, die die Bestellung eines hauptamtlichen Jugendsekretärs bei der Zentrale verlangen. Die auf die weitere Anstellung von freigestellten Kräften hinzuliefenden Anträge empfehlen wir dem Zentralvorstand als Material zu überweisen. Als Beschlusantrag empfehlen wir, zu beschließen: der „Wegweiser“ soll halbmonatlich erscheinen.

Angermeier-Röln beantragt die Vorschläge der Kommission abzulehnen. Er verweist auf die Erfahrungen anderer Verbände bezüglich eines Jugenddezerats, und weist darauf hin, daß wir für die Gewinnung der Jugend nicht genug tun können.

Meier-Düsseldorf stimmt den Ausführungen des Vorredners zu.

Es wurde nach den Vorschlägen der Kommission beschlossen.

Erbert-Cassel: Die 6. Kommission hat sich damit beschäftigt, in welcher Weise die Bildung und Ausbildung der Mitglieder, und insbesondere der Jugend gefördert werden kann. Bei der Prüfung der Fragen konnte festgestellt werden, daß bereits erhebliche Mittel von uns für diese Zwecke verausgabt wurden. Auch weiterhin sollen alle vorhandenen Möglichkeiten benutzt werden, um das Bildungswesen zu fördern. Für den Fall, daß die Teilnahme an Kursen des Gesamtverbandes durch eine Beschränkung der Teilnehmerzahl nicht allen gemeldeten Verbandskollegen möglich ist, empfiehlt die Kommission dem Verbandstag die Einrichtung von eigenen Kursen zu erwägen.

Bezüglich der Verbandszeitungen soll von einer konkreten Beschlusfassung durch den Verbandstag abgesehen werden, und die Kommission bittet zu beschließen: der Zentralvorstand wird ermächtigt, im Rahmen der Entwicklung des Verbandes einen weiteren Ausbau des Verbandsorgans vorzubereiten. Bezüglich der Wünsche über die technische Ausgestaltung unseres Organs und des gebotenen Stoffes sollen die vorliegenden Anträge als Material überwiesen werden. Wir ließen uns überzeugen, daß der weitere Ausbau unserer Fachzeitschrift geplant ist, die Durchführung der Pläne aber ist von schwebenden Verhandlungen abhängig. Dem auf das Taschenbuch bezüglichen Antrag ist bereits Rechnung getragen. Erleichterungen beim Bezuge des Deutschen können nicht erfolgen. Die Kommission vertritt die Meinung, daß „Der Deutsche“ in einem noch stärkerem Maße verbreitet werden muß. Der Entschließung zum Bildungswesen bitten wir zuzustimmen.

Wirzfeld-Röln: Im Interesse der Branchenbewegung in unserm Verbandsorgan würden die Polsterer und Tapezierer die Wiedereinführung einer besonderen Beilage zum Verbandsorgan sehr begrüßen. Da aber an eine Wiedereinführung der „Vereinigung“ vorläufig nicht gedacht werden kann, bitte ich, daß auf dem Titelblatt des „Holzarbeiters“ die in unserm Verbandsorgan vereinigten Berufe aufgeführt werden. Auch könnte die „Handwerkskunst im Holzgewerbe“ so ausgebaut werden, daß andere Branchen ebenfalls Interesse an der Zeitschrift hätten.

Die Vorschläge der Kommission wurden vom Verbandstag angenommen.

Schirmer-Riefeld: Die 7. Kommission empfiehlt: der Verbandstag möge beschließen, daß das Geschäftsmaterial für Zahlstellen möglichst vereinheitlicht werde. Mitgliedskarten und Mitglieds-

bücher sollen tunlichst als Einheitsmitgliedsausweis durch den Gesamtverband eingeführt werden. Der Zentralvorstand soll diesbezügliche Verhandlungen aufnehmen. Vehringskarten sollen für eine vierjährige Mitgliedschaft eingerichtet werden. Den Antrag, ein neues Verbandsplakat zu beschaffen, bitten wir abzulehnen. Der Zentralvorstand soll gehalten sein, die Verbandsgelder nach eigenem Ermessen sicher anzulegen. In diesem Rahmen sollen aber bei der Anlage von Geldern vorzugsweise unsere eigenen wirtschaftlichen Einrichtungen berücksichtigt werden. Die unter „Sonstiges“ veröffentlichten Anträge werden dem Zentralvorstand als Material überwiesen. Der Verbandstag beschloß demgemäß.

Die Einführung der Invalidenunterstützung stand als besonderer Punkt auf der Tagesordnung und war zur Vorberatung der 1. Kommission zugeteilt.

Rust-Essen berichtete über die Arbeiten in der Kommission. Die Kommission habe die in Nr. 31 des Organs veröffentlichten Anträge über die Einführung der Invalidenunterstützung gründlich durchberaten und alle Möglichkeiten geprüft. Sie sei im Verlauf ihrer Arbeit dazu gekommen, statt der Invalidenunterstützung, wie sie in Nr. 31 des Verbandsorgans als Vorschläge veröffentlicht waren, zu beschließen: Sämtliche Beiträge werden auf die Wartezeit angerechnet — der Grundbetrag der Jahresrente ist die Hälfte der Beitragssumme der letzten geleisteten 260 Hauptkassenbeiträge — als Steigerungsbetrag werden die nach dem 1. Januar 1929 gezahlten Sonderbeiträge zur Invalidenunterstützung vollberechnet — die Monatsrente beträgt $\frac{1}{12}$ der sich aus Grund- und Steigerungsbetrag erhebenden Gesamtsumme. Der Zentralvorstand ist beauftragt, die Vorlage über die Einführung der Invalidenunterstützung den Mitgliedern in einer Urabstimmung vorzulegen. Die übrigen Bestimmungen in der Vorlage des Zentralvorstandes sollen bestehen bleiben, bzw. redaktionell im Sinne der Kommissionsbeschlüsse abgeändert werden.

Vor Beginn der Aussprache über den Kommissionsbericht entwickelte sich eine Geschäftsordnungsdebatte. **Lukas-Roblenz** beantragt, über die Vorlage ohne Diskussion abzustimmen. **Krehle-München** befürwortet eine Aussprache. **Angermeier-Röln** erklärt sich gegen dieselbe. Durch Mehrheitsbeschlus wird die Eröffnung der Diskussion beschlossen.

Kern-Würzburg: Die Vorlage müßte weiter ausgebaut werden. In derselben vermissen wir Bestimmungen bezüglich der Versorgung der bereits invaliden Kollegen.

Frank-Mühlhof glaubt ebenfalls, daß die Vorlage nicht weit genug gehe.

Erb-Danzig: Es ist zu prüfen, ob wir nicht die Invalidenunterstützung auch als Altersunterstützung ausbauen wollen. Natürlich müßte dann ein anderer Finanzplan entworfen werden. Wenn dieser Ausbau im Augenblick nicht möglich erscheint, so möge man aber diesen Ausbau zu einem späteren Termin ins Auge fassen.

Reiser-Stuttgart: Die Absicht, die Invalidenunterstützung einzuführen, wird in Kollegenkreisen sehr begrüßt. Vielfach gehen die Wünsche noch weiter. Insbesondere erscheint ein Ausbau der Invalidenunterstützung als Altersunterstützung notwendig, die mit 65 Jahren eintreten müßte.

Peister-Selsenkirchen; Schmidt-Kelheim und Leitz-Mannheim, sowie **Merk-Ummendorf** stimmen dem Vorredner in seiner Ansicht zu.

Blankenheim-Wonn glaubt, daß eine zu große Ausdehnung der Unterstützungsabsichten eine zu große Belastung der Kollegen herbeiführen würde.

Hille-Dortmund warnt vor zu großen Ansprüchen an die Invalidenunterstützung. Diese Unterstützungsart wird jedenfalls eine sehr starke geldliche Belastung des Verbandes in der Zukunft herbeiführen. Erfahrungen über das Ausmaß dieser geldlichen Verpflichtungen haben nur wenige Organisationen. Wenn wir schon an einer Einführung dieser Unterstützung nicht vorbeikommen, dann ist aber große Vorsicht geboten.

Rust-Essen empfiehlt die Einführung der Invalidenunterstützung, wünscht aber ebenfalls, daß die Angelegenheit mit großer Vorsicht behandelt wird. Er tritt vor allen Dingen dafür ein, daß den Mitgliedern durch eine Urabstimmung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werde.

Arlinghaus-Pohne: Statt der vorgesehenen Karenzzeit, wie sie in der Vorlage vorgesehen ist, bitte ich die Unterstützung schon mit 520 Wochen zu gewähren.

Christ-Isny pflichtet dem Kollegen **Rust** bei und wünscht ebenfalls eine Urabstimmung.

Deutz-Röln: Eine Überspannung der Leistungen in der Invalidenunterstützung muß unbedingt vermieden werden. Derartige Absichten dürften am besten als unmöglich bewiesen werden, wenn man auf Beitragsleistung und Rentengewährung in der Invalidenversicherung hinweist. Bei dem Vorschlag der Kommission wird schon eine erhebliche geldliche Anspannung der Verbandskasse eintreten. Darum müssen alle Wünsche auf einen weiteren Ausbau der Kommissionsanträge zurückgewiesen werden.

Die Beschlusfassung erfolgte dann im Sinne des Kommissionsantrags.

Jugend an die Front!

Wann wir schreiten Seit' an Seit' und die alten Lieder singen, und die Wälder widerklingen, fühlen wir, es muß gelingen, mit uns zieht die neue Zeit.

Im Sinne dieses Liederverfes soll und muß es gelingen, den Arbeiterstand aus Not und Bedrängnis emporzuheben zu einer weit besseren wirtschaftlichen und kulturellen Lebenshaltung, soll und muß es gelingen, der Hände Arbeit die richtige Bewertung und dem Träger der Arbeit die ihm gebührende Wertschätzung als Mensch und Staatsbürger zu verschaffen.

Mit uns zieht die neue Zeit, die wir gestalten, die von unserer Jugend belebt und gebessert werden muß. Das war immer schon so, ist aber heute von ganz besonderer Bedeutung, da gar manche Kreise bestrebt sind, die Jugend abzulenken, abzuhalten von dem Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft, der Kampfesbetätigung für den Aufstieg des Arbeiterstandes, wie ihn unsere christliche Gewerkschaftsbewegung jahrzehntelang mit Erfolg geführt hat. Manches ist erreicht, gar vieles besser geworden, an gar vielem fehlt es jedoch noch, gar vieles muß noch erkämpft, gar vieles noch errungen werden.

Bei weitem hat die Arbeitsleistung noch nicht ihre richtige Bewertung erlangt, noch gar zu sehr wird der Arbeiterstand noch als minderwertiger Volksstand angesehen. Leute von sogenannter Bildung und Leute von Besitz glauben noch immer, ihnen stände allein die Beherrschung des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und des Staates zu. Diese Alleinherrschaft privilegierter Kreise lehnen wir ab. Die Nutznießung der Kulturerrungenschaften, der Technik, der Erfindungen gebührt dem gesamten Volke, ja sie gebührt dem handarbeitenden Volke in erster Linie.

Wir sehen in der Handarbeitsleistung das höchste Wirtschaftsgut und Kulturgut, wir haben dieses Kulturgut zu pflegen. Wir müssen uns daher bewußt sein und bleiben, daß wir als handarbeitende Menschen unentbehrliche, nützliche Glieder der Menschheit sind. Solange man unserem Arbeiterstande diese Wertschätzung nicht angebeihen läßt, haben wir uns, jung und alt, auf Kampf einzustellen. Dieser Kampf hat mit Klassenkampf sozialistischer und kommunistischer Art nichts zu tun, dieser Kampf entspringt dem Geiste des Christentums, so wie es unser Heiland gelehrt hat. Wir wollen nicht andere Stände beherrschen und unterjochen, wir wollen aber auch nicht beherrscht und unterjocht sein. Wir wollen in echter und wahrer Volksgemeinschaft das Leben gestalten, Wirtschaft und Kultur beeinflussen.

Hierbei mitzuwirken, hierbei die höchste Kraft zu entfalten, diese Aufgabe fällt in ganz besonderem Maße unserer Jugend zu.

Jugend an die Front! muß deshalb für alle Jungmänner die Parole sein. Jugend an die Front der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Holzarbeiterjugend an die Front des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. Jugend an die christliche Gewerkschaftsfront heißt nicht, sich mit einem Knüttel oder gar mit Dolch und Revolver bewaffnen, damit bewaffnet Straßenzüge und Kadav zu machen, sondern das heißt, tüchtige Menschen zu werden, die, getragen von wahrer Nächstenliebe, darauf bedacht sind, des Volkes Wohl zu pflegen, die den Kampf gegen Unwahrhaftigkeit, Liebloßigkeit, Ausbeutung des Nächsten führen, Recht und Gerechtigkeit verlangen, Recht und Gerechtigkeit ausüben.

Zu diesem Kampfe brauchen wir ein gutes Rüstzeug.

Diese Rüstung bietet uns vor allem unsere Gewerkschaft, unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit seiner Parole: „Arbeit, Einigkeit, Stärke und Schutz.“

Daß wir als einzelne Menschen, meine lieben jungen Freunde, machtlose Geschöpfe im Wirtschaftsleben sind, ist Euch ja allen klar, ebenso aber wißt Ihr, daß wir vereint eine große Macht darstellen. Vorbedingung für jeden Aufstieg des Arbeiterstandes ist und bleibt eine gutgeleitete Gewerkschaft. Diese zu erhalten und weiter auszubauen, damit sie in Wahrheit den Schutz und die Hilfe des Arbeiterstandes sicherstellen kann, ist eine besondere Aufgabe der Jugend. Ihr, junge Freunde, seid es, die dazu berufen, das Erbe Eurer Väter anzutreten, dieses Erbe, dieses kostbare Gut der christlichen Gewerkschaft, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, nicht nur anzutreten und zu erhalten, sondern bedeutend größer und mächtiger zu machen. Damit erfüllt Ihr eine hohe und wichtige Menschenpflicht. Darum werbet, streitet für unseren Verband, führt ihm viele, wenn möglich, alle Holzarbeiterjungmänner zu, helft wo Ihr könnt, bei der Verwaltung, besucht Eure Versammlungen, lest Euer Organ, sucht Euer Wissen zu bereichern.

Vor allem werdet tüchtige und leistungsfähige Facharbeiter, die in der Lage sind, auch dem Wirtschaftsleben, zumal dem deutschen Wirtschaftsleben, die notwendige Sicherheit zu geben.

Wenn wir in früheren Jahren auch schon mit schwachen Kräften gute Erfolge in bezug auf die Festsetzung des Arbeitslohnes erreicht haben, so verdanken wir das zumeist denjenigen Kollegen, die durch ihre Fach- und Werküchtigkeit sich unentbehrlich gemacht haben. Fach- und Werküchtigkeit sind für unseren Aufstieg im Wirtschaftsleben von allergrößter

Bedeutung. In gar vielen Jugendgruppen haben wir lobenswerte Einrichtungen geschaffen, die dazu angehen, Euch in bezug auf Sach- und Werküchtigkeit Hilfe zu leisten. Macht von diesen Einrichtungen weitestgehenden Gebrauch.

Heute erlebt Ihr den Auftakt zu unserm Verbandstag, Ihr seht heute alte erprobte Kämpfer unserer Bewegung, von denen Ihr vielleicht schon gar manches gehört und gelesen habt. Heute schaut Ihr diesen unsern Führern ins Auge. Freude erfüllt jedes alte Führers Herz, wenn er sieht, daß die Jugend denselben strebsamen Geist an den Tag legt, wie er bei Gründung unsers Verbandes vor 29 Jahren, zu Pfingsten im Jahre 1899 in Mainz vorhanden war. Freude und Stolz muß die alten Kollegen erfüllen, wenn sie sehen, wie Ihr in die Bresche springt. Ihr dürft auch Vertrauen zu Euren alten Führern haben, wie die Alten zu Euch Vertrauen haben. Unsere Bewegung, unser Verband ist nicht so verspiegelt, daß die Alten sich im Jammer ergeben über die heutige so verderbte Jugend. Eure alten Führer sind sich klar darüber, daß die heutige Jugend nicht schlechter ist wie früher. Als wir Alten jung waren, waren wir nicht besser wie ihr seid. Unsere Jugend soll auch nicht freudlos durchs Leben gehen, soll in kein Kopfhängertum und Muckertum verfallen. Fröhlich, frohm und frei sollt Ihr Euer Leben führen.

Freilich, das muß gesagt werden, mit Spiel und Sport allein kann man keine gute Wirtschaft und keine gute Lebenshaltung gestalten. Spiel und Sport in Ehren, soweit die Pflege von Körper und Geist das erfordert. Spiel und Sport darf aber nicht dahin führen, daß unsere Arbeiterjugend abgehalten wird vom Ernst des Lebens, abgehalten wird von unserer so dringend notwendigen Gewerkschaftsarbeit.

Im vorigen Jahr hat sich die südbayerische Jugend zum erstenmal zu einer glänzenden Jugendtagung in München zusammengefunden, heute ist auch Nordbayern aufmarschiert. Was ich im vorigen Jahre in München unsern Jungmännern gesagt habe, das sage ich auch Euch, junge Freunde. Ihr seid berufen dazu, unserm Verbands in Bayern die Kraft und die Bedeutung zu verschaffen, die er benötigt, um unsere Interessen sicher wahren zu können.

Unser Verband muß in Bayern die Bedeutung erlangen, wie wir sie in Rheinland-Westfalen haben. Ihr könnt das schaffen, wir vertrauen auf Euch, wir hoffen auf Euch, auf Eure gewerkschaftliche Kraftentfaltung.

Ihr habt im „Wegweiser“ gelesen, was große Meister früher vollbracht. Hier in Nürnberg versammelt, der Stadt alten Gewerbeselbstes, wo ein Dürer gelebt und sich wohl gefühlt hat, hier laßt heute den Geist des Vorwärts- und Aufwärtstrebens auf Euch wirken, laßt echten Gewerkschaftsgeist lebendig werden.

Etwas ist besonders notwendig. Liebe Freunde! Seid stolz auf Euren Beruf, laßt Euch die Berufsfreude nicht rauben. Ein gesunder Berufsstolz und die damit zusammenhängende Berufsfreude sind die Voraussetzung für unsere Aufstiegsmöglichkeiten im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Berufsverdrossenheit kann keine fördernden, aufbauenden Kräfte auslösen.

Standesbewußtsein ist in jeder Lage des Lebens für uns alle von allergrößter Bedeutung. Mangel an Standesbewußtsein in Arbeiterkreisen hat gar oft schon unsern Aufstieg erschwert. Wie oft haben wir in den letzten Jahren aus Kreisen eines oberflächlichen Spießkertums die entrüstende Bemerkung gehört, wie ist es möglich, daß ein Schremergeselle Ministerpräsident werden kann, ein Sattlergeselle Reichspräsident usw. Selbst Arbeiter können so etwas, ohne sich darüber zu empören, anhören.

Die Zeit ist vorbei, muß vorbei sein, wo man den Arbeiter zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes für unfähig hielt. Wir haben den Beweis erbracht, daß wir in der Lage sind, die tüchtigsten Staatsmänner zu stellen, ohne daß sie über eine abgestempelte Formbildung verfügten. Neben der Hochschule gibt es auch eine Lebensschule, die die geistesstärksten Männer hervorbringt.

Darum kein Kriechertum, kein Bauchrutschen vor dem Geldsack oder scheingebildeten Menschen. Wenn wir in unserm Beruf und im öffentlichen Leben unsere Pflicht tun, haben wir Anspruch auf vollste Gleichbewertung und gar keine Veranlassung, uns zu verkriechen.

Im vorigen Jahre haben wir in München auch unsere Forderungen in bezug auf Jugendpflege, Lehrlingshaltung usw. formuliert. Fragen der Berufsausbildung, des Lohnes, der Freizeit wird auch der jetzige Verbandstag eingehend behandeln. Es wird gefordert werden, daß endlich die Gesetzgebung helfend eingreift. Das lange in Vorbereitung sich befindende Berufsausbildungsgesetz, durch welches das uns bis jetzt vorenthaltene Recht auf Mitbestimmung in der Lehrlingshaltung gewährleistet wird, muß endlich verabschiedet werden. Die Ferienfrage der Jugend muß endlich gelöst werden.

So stehen wir mitten im Kampfe zur Freimachung der Bahn unseres Aufstiegs. Jugend an die Front in diesem Kampfe! Jugend heran zur Gewerkschaftsarbeit.

(Ansprache des H. Schick an die Jugend in Nürnberg.)

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 30. 9. bis 6. 10. 1928 der 40. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

Regelmäßige Teilzahlungen beweisen die ordnungsmäßige Geschäftsführung in den Zahlstellen. Teilzahlungen an die Hauptkasse sind zu leisten, wenn der Selbstbestand am Ort 20.— Mk. und mehr beträgt.

Verlorene Bücher.

Nr. 295 397, Josef Westhoff; Nr. 294 113, H. Penders; Nr. 317 029, Johann Gierjen; Nr. 226 056, Heinrich Diehl; Nr. 315 792, August Knapp.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Sterbetafel.

Adolf Zeliska, Maschinist, 34 Jahre, Rahl.
Anton Becker, Schreiner, 62 Jahre, Essen/Ruhr.

Ruhet in Frieden!

Berichte aus den Zahlstellen.

Coesfeld. Ein Kampf um das Koalitionsrecht spielt sich zurzeit bei der Firma Bücking, Stuhl- und Möbelfabrik in Coesfeld ab. Seit Jahren haben die dort beschäftigten Arbeiter wiederholt versucht, sich unserem Verbands anzuschließen, um mit Hilfe der Organisation geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Aber immer wieder hat es die Firma verstanden, all diese Bestrebungen im Keime zu ersticken. Die Firma fand aber auch wiederholt Meister und Betriebsleiter, die sich in der Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisation als besonders tüchtig erwiesen. Seit einiger Zeit haben sich nun wieder eine Anzahl Kollegen unserem Verbands angegeschlossen. Das konnte die Firma nicht ruhig ansehen. Als abschreckendes Beispiel wurde zwei Kollegen gekündigt, mit deren Leistung man bisher zufrieden war, und die sich auch sonst nichts hatten zuschulden kommen lassen. Es wurde denselben aber nahe gelegt, daß sie wieder bleiben könnten, falls sie nicht mehr dem Verbands angehörten. Dieses ungesetzliche Vorgehen der Firma rief die gesamte Arbeiterschaft von Coesfeld auf den Plan.

In einer öffentlichen Protestversammlung, welche am Freitag, den 7. September, in dem großen Saale des katholischen Arbeiterheims stattfand, wurde zu dem Vorgehen der Firma Stellung genommen. Kollege Rutscheidt, Bochum, hatte vor der Versammlung mit der Firma noch eine telefonische Aussprache, um zu erreichen, daß die Firma ihren Kampf gegen die Organisation aufgibt. Bei dieser Aussprache hat die Firma wohl bestritten, daß sie von dem entlassenen Kollegen den Austritt aus dem Verband verlangt hat, auf der anderen Seite aber erklärt, daß sie die organisierten Arbeiter in einen besonderen Betrieb hineinstellen würde, damit sie mit der übrigen Arbeiterschaft nicht in Verührung kommen. Auch bestritt sie nicht, daß Meister oder Betriebsleiter mit allen Mitteln versuchten, organisierte Arbeiter aus dem Betrieb fernzuhalten. In der Protestversammlung gab Kollege Rutscheidt einen Bericht über das Verhalten der Firma, die auf der einen Seite sich als christliche Firma stets um Aufträge bei den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen bemühte, auf der anderen Seite aber ihrer Arbeiterschaft nicht das Koalitionsrecht zugesteh und sich auch sonst nicht in dem Betrieb hineinreden lassen will. Trotzdem der Tarifvertrag für das rhein.-westfälische Holzgewerbe für allgemein verbindlich erklärt sei, werden die Vertragsbestimmungen nicht beachtet, Tariflöhne und eine vernünftige Akkordregelung kennt man nicht, einen Betriebsrat und eine Arbeitsordnung hält die Firma für überflüssig, obwohl ungefähr hundert Arbeiter dort beschäftigt sind. Derjenige Arbeiter, welcher auf diese selbstverständlichen Dinge hinweist, hat die Folgen zu tragen. Die organisierten Arbeiter werden unter dauerndem Druck gestellt, sie müssen stets mit ihrer Entlassung rechnen.

Diese Mitteilungen wurden von den Versammlungsteilnehmern mit großer Entrüstung entgegen genommen und es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, worin zum Ausdruck kam, daß die gesamte Arbeiterschaft von Coesfeld einig und geschlossen hinter den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Holzarbeitern steht. Man verlangte die Anwendung von gesetzlichen Maßnahmen, um die Firma zu zwingen, die Rechte ihrer Arbeiterschaft anzuerkennen. Die organisierten Kollegen wurden aufgefordert, nun erst recht einig und geschlossen zusammenzutreten und dafür zu sorgen, daß die noch abseitsstehenden Kollegen dem Verbands zugeführt werden, damit die Firma Bücking einsieht, daß sie ihren Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft vergebens führt. Wir haben schon wiederholt auf das Verhalten der Firma hingewiesen und es wird auch von der Verbandsleitung aus alles versucht, um unsere Kollegen in ihrem Kampfe zu unterstützen. Wir hoffen aber auch, daß die noch abseitsstehenden Kollegen bald einsehen lernen, daß nur durch eine starke und gut ausgebaute Organisation auch der hartnäckigste Arbeitgeber gezwungen werden kann, die Rechte der Arbeiterschaft zu beachten.

Aus den Verbandsbezirken.

Saujugendtagung des Gaues Bochum in Hohensyburg.

Am Sonntag, den 9. September, fand auf der Hohensyburg bei Hagen das erste Saujugendtreffen unseres Verbandes für den Gau Bochum statt. Von 9 Uhr an rückten die Jugendgruppen an. Als gegen 11 Uhr die letzten Jugendgruppen des Industriegebietes unter klingendem Spiel ihren Einzug in die Provinzial-Jugendherberge gehalten hatten, eröffnete der Kollege Wilh. Rutscheid-Bochum die Tagung mit einem herzlichen Willkommengruß an alle Erschienenen. Aus dem Münsterlande, aus dem Paderbornerlande, dem Industriegebiet und dem Sauerlande waren die Jungmänner mit ihren Wimpeln erschienen. Von Zentralvorstandsmitgliedern nahmen die Kollegen Werder-Düsseldorf und Sigge-Bochum an der Tagung teil. Der Verbandsjugendleiter, Kollege Schick-Köln, überbrachte zunächst die Grüße des Zentralvorstandes und des Herrn Preussischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtzfelder, welcher der Tagung freundliche Grüße und Wünsche für einen guten Verlauf übermitteln ließ.

Kollege Schick führte dann u. a. aus: Noch stehen wir, die wir am Verbandstage teilnehmen durften, unter dem Eindruck des bayrischen Saujugendtages, der einen überaus glänzenden Verlauf genommen hat. Heute wollen die Jungmänner aus Westfalen zeigen, daß sie hinter anderen Gauen nicht zurückbleiben wollen. Unsere Jungmänner wollen und müssen zeigen, daß sie mithelfen wollen, den Arbeiterstand aus Not und Bedrängnis emporzuheben zu einer besseren wirtschaftlichen und kulturellen Lebenshaltung. Es muß vor allem gelingen, eine bessere Bewertung der Handarbeit zu erreichen, sowie auch dem Arbeitenden selbst eine ihm gebührende Wertschätzung als Mensch und Staatsbürger zuteil werden zu lassen. „Mit uns zieht die neue Zeit“, heißt es im Piede, eine neue Zeit, die wir gestalten und verbessern müssen. Wie in früheren Zeiten, so bemühen sich auch heute noch starke Kräfte, die Jugend abzulenken von dem Befreiungskampfe der Arbeiterschaft. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit vieles erreicht, gar manches fehlt noch und muß noch erkämpft werden. Der Redner schildert dann die Verhältnisse vor dreißig Jahren bei Gründung unserer Bewegung und zieht Vergleiche zwischen einst und jetzt. Die Arbeitsleistung hat bei weitem noch nicht ihre richtige Bewertung gefunden, im Zeitalter des Sports gelten vielfach Spitzenleistungen einzelner Sportler mehr als die produktive Arbeit, die erst das Leben wert und möglich macht. Häufig können wir noch beobachten, wie Angehörige anderer Stände der Meinung sind, daß sie herrschen müßten im öffentlichen Leben, in der Wirtschaft und im Staate. Diese Alleinherrschaft privilegierter Stände lehnen wir ab. Die Errungenschaften der Kultur müssen dem ganzen Volke und in erster Linie dem handarbeitenden Volke zugute kommen. Solange es noch Menschen gibt, die unsere Menschenrechte und Arbeiterrechte nicht anerkennen und respektieren wollen, solange müssen wir kämpfen, um unser Ziel zu erreichen. Wir wollen niemanden unterjochen, wir wollen aber auch keine Knechte sein. Die Jugend muß das Bestreben haben, etwas Tüchtiges im Berufe zu leisten, das Wohl des Volkes zu pflegen. Die Jugend muß den Kampf aufnehmen gegen Unwahrhaftigkeit und Liebloßigkeit, gegen Ausbeutung des Nächsten. Die Jugend muß Recht und Gerechtigkeit verlangen und selbst ausüben. Zu diesem Kampfe brauchen wir ein gutes Rüstzeug. Dieses bietet uns unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit seiner Devise: „Arbeit, Einigkeit, Stärke und Schutz.“ Die Jugend muß sich mit echtem Berufsstolz erfüllen und darf sich ihre Berufsfreude nicht rauben lassen, weil sie erst die Grundlage für den Aufstieg des Arbeiterstandes abgibt. Sollen alle die großen Aufgaben gelöst werden, dann ist notwendig, daß unsere Jungmänner mit ihrer ganzen jugendlichen Kraft sich in den Dienst unseres Verbandes stellen, daß sie keine Opfer scheuen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache, dann wechselten Deklamationen und gemeinschaftliche Lieder miteinander ab.

Zum Schluß nahm Kollege Schick die Weihe der beiden Wimpel der Jugendgruppen Bochum und Meschede vor und knüpfte daran die Mahnung, die

Jugend möge allezeit treu zum Verbands halten und sich ihres Wimpels würdig erweisen. Damit war der offizielle Teil erledigt, es wurde ein gemeinschaftliches Mittagessen, bestehend aus einer kräftigen Erbsensuppe, eingenommen und dann wurde die Holzsammlung beauftragt, die Kollege Wellage, Meschede, in mühevoller Arbeit gesammelt und von großem, fachlichem Interesse ist. Auf der Plattform der Hohensyburg wurde dann eine photographische Aufnahme der Teilnehmer gemacht.

Wir tagten auf historischem Boden. Hohensyburg wird zuerst von Einhardt, dem Geschichtsschreiber Karls des Großen, erwähnt. Hier auf Hohensyburg kämpften die Sachsen unter Wittekind gegen Karl den Großen. An dem Petersbrunnen innerhalb der Burg fand dann die Taufe der Neubekehrten statt. Die jetzige Kirche stammt aus dem 12. Jahrhundert, die Burg, deren Ruinen wir noch betrachten konnten, wurde von Heinrich dem IV. erbaut. Der runde Turm hinter den Ruinen ist neueren Datums. Er wurde 1857 zu Ehren des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Vincke, errichtet, der sich große Verdienste um Westfalen erworben hat.

Das mächtige Kaiser-Wilhelm-Denkmal ist in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit einem Kostenaufwande von über 800 000 Mk. erbaut worden. Auf Hohensyburg an der Eingangspforte in das romantische Sauerland haben die Jungmänner schöne Stunden verlebt, manche Freundschaft wurde geschlossen. Zu früh verrannen die Stunden. Beim Abschied gaben sich die Jungmänner das Versprechen, jetzt mit gesteigerter Kraft an die Werbearbeit zu gehen, damit beim nächstjährigen Saujugendtag eine noch größere Anzahl von Jungmännern sich beteiligt.

Aus dem Korbmachergewerbe in der Rheinpfalz.

Das Korbmachergewerbe gehört zu den Berufszweigen, in welchen vor dem Kriege fast gar keine, und nach dem Kriege nur ganz bescheidene Verbesserungen — und dies nur teilweise — durch die gewerkschaftliche Organisation erzielt werden konnten, weil die Korbmacherkollegen, insbesondere aus der Heimindustrie, für die gewerkschaftlichen Selbsthilfebestrebungen nur schwer zugänglich waren. Wohl hatten wir in der Inflation die Kollegen in den einzelnen Korbmachergebieten erfassen können, nachdem aber, wo es darauf ankam, unter den schwierigsten Verhältnissen standzuhalten, haben die Kollegen fast vollständig versagt. Neuerdings ist es nun wieder gelungen, die Korbmacher für den Verband zu gewinnen. Die eigene Notlage hat die Kollegen zu der besseren Erkenntnis gebracht.

In der Rheinpfalz, hauptsächlich an der elsässischen Grenze, sind in den Orten: Schaidt, Steinfeld, Rapsweyer, Neupfah, Leimersheim zurzeit ca. 350 Korbmacher in der Hausindustrie beschäftigt. Außer diesen sind nur etwa 50—60 Personen in Fabrik und Werkstatt direkt als Arbeitnehmer beschäftigt. Die Abnehmer der Erzeugnisse, fast ausschließlich Korbmöbel und Korbmöbel aus Weiden, sind ortsanässige Händler.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Korbmacher, speziell auch die der Heimarbeiter, sind geradezu trostlos. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Verdienste der Korbmacher als Elends- und Hungerlöhne bezeichnet.

Kürzlich haben unsere Korbmacherkollegen eine Aufstellung gemacht und dabei den Vergleich gezogen zwischen den Lebenshaltungskosten und Verdiensten von 1910 gegenüber 1928. Das Ergebnis dieses Vergleiches ist geradezu erschreckend. Dabei ist zu beachten, daß die festgestellten Preise für die Kosten zum Lebensunterhalt, sowie die Preise für die Herstellung der Erzeugnisse jeder Prüfung absolut standhalten. Soweit die Lebensunterhaltungskosten, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in Frage kommen, brauchen viele Zahlen nicht aufgeführt zu werden. Es ist bekannt, daß der Unterschied der Preise zwischen Stadt und dem flachen Lande gegenüber der Vorkriegszeit vollständig verschwunden ist. Oft genug kommt es vor, daß auf dem Lande die einzelnen Artikel teurer sind als in der Stadt. Die Aufstellung unserer Kollegen ergibt eine Steigerung der Preise für Lebensmittel, Textilwaren Schuhe usw. von über 100%. Demgegenüber sind die Verdienste fast dieselben geblieben wie vor dem Kriege. Die Zahlen sind wert, öffentlich festgehalten zu werden. Dabei ist zu beachten, daß der Heimarbeiter

selbst das Material zu stellen hat. Es werden hauptsächlich Reisekörbe, Washkörbe und Postkörbe hergestellt.

Für diese drei Artikel wurden bezahlt:

	im Jahre 1910	im Jahre 1928
Reisekörbe 80 cm	6,30 Mk.	7,20 Mk. + 15%
Washkörbe 75 cm	3,10 Mk.	3,40 Mk. + 10%
Postkörbe 50 cm	2,70 Mk.	2,40 Mk. — 12%
im ganzen	12,10 Mk.	13,— Mk. + 8%

Bei dem Preis für das fertige Stück, welcher heute kaum 10% höher ist als früher, ist zu beachten, daß der Materialpreis ganz erheblich höher ist als 1910.

Der Durchschnitts Stundenverdienst bei angestrebter Arbeit ist errechnet auf 34,2 Pfg.

Um ein bestimmtes Quantum Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände kaufen zu können, muß heute der Korbmacher bei Herstellung von Reisekörben 32 Stunden, bei Washkörben 20 Stunden, bei Postkörben 17½ Stunden mehr arbeiten als 1910.

Halten wir demgegenüber, daß zurzeit in fast allen anderen Berufszweigen die Nominalalöhne bis zu 100% höher sind als vor dem Kriege, und daß selbst der umstrittene amtliche Index auf über 150% steht, dann erkennt man erst die Notlage, in welcher sich die Korbmacher befinden.

Mögen unsere Korbmacherkollegen erkennen, daß neben dem gesetzlichen Schutz, der insbesondere gemäß dem Hausarbeitsgesetz ihnen werden muß, in erster Linie die organisierte Selbsthilfe, d. h. die Zugehörigkeit zu unserer gewerkschaftlichen Organisation die Gewähr bietet, allmählich aus dem sozialen Elend herauszukommen.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Lehrlingsvergütung und Tarifvertrag.

Die Frage, ob die Lehrlingsvergütung tarifvertraglich geregelt werden kann, wird von der Spruchpraxis im allgemeinen im bejahenden Sinne entschieden. Einem beachtlichen Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 21. März 1921 entnehmen wir darüber folgendes:

„Entscheidend für die Frage, ob eine Regelung der Bedingungen des Lehrvertrages durch Tarifvertrag möglich und zulässig ist, ist nicht, ob die vertragsschließenden Parteien einen Lehrvertrag als Arbeitsvertrag angesehen haben, sondern es kommt darauf an, ob ein Lehrvertrag nach objektivem Recht als ein Arbeitsvertrag oder als ein von diesem verschiedener Vertrag besonderer Art anzusehen ist. Diese Frage ist in Übereinstimmung mit der jetzt wohl als herrschend zu bezeichnenden Ansicht wenigstens für das hier in Frage kommende Baugewerbe dahin zu entscheiden, daß der Lehrvertrag als unter den Begriff des Arbeitsvertrages im Sinne des § 1 der Tarifvertragsverordnung fallend anzusehen ist. Ursprünglich den Charakter eines reinen Erziehungs- und Lernvertrages tragend, bei dem Ausbildung, Erziehung und Ausnahme in die Familie als eigentliche Zwecke des Vertrages weit überwiegend im Vordergrund standen, während die Arbeitsleistung des Lehrlings nur eine unwesentliche Rolle spielte, ist der Lehrvertrag im Laufe der Entwicklung der Gewerbe- und Geschäftsverhältnisse immer mehr zu einem Vertrage geworden, bei dem auch die Arbeitsleistung des Lehrlings eine nicht unwesentliche Rolle spielt und der Lehrherr darauf bedacht ist, als Gegenwert für die von ihm gegebene Ausbildung auch Nutzen für sein Gewerbe oder für sein Geschäft aus der Arbeitsleistung des Lehrlings zu ziehen. Bei dieser Wandlung ist neben dem Hauptzweck der Ausbildung des Lehrlings, die im ersten Jahre naturgemäß gering ist, in den weiteren Jahren aber immer wertvoller für den Lehrherrn wird, stärker in den Vordergrund getreten. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die dem Lehrling nach den Lehrverträgen zu zahlende Entschädigung nicht für die ganze Dauer der Lehrzeit in gleichbleibender Höhe vereinbart wird, sondern im Laufe der Lehrzeit steigt und daß sich außerdem vielfach die Vereinbarung findet, daß die Vergütung an solchen Tagen in Wegfall kommt, an denen z. B. wegen schlechter Witterung Arbeit vom Lehrling nicht geleistet werden kann.“

Ein noch lediger, älterer, selbständiger,

kath. Schreiner

der einen

Schreinerbetrieb selbständig leiten kann, wird möglichst sofort für eine ländliche Gegend

gesucht.

Näheres auf dem Verbandsbüro,
Bochum, Hellweg 25.

Deutscher Versicherungs-Konzern

Deutsche Lebensversicherung-Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft

Deutsche Feuerversicherung A.-G.

Berlin-Schöneberg (Post-Friedenau), Hähnlestr. 15a



Das sind die Vertragsgesellschaften für unsere Mitglieder und deren Angehörige 2 Versicherungen und edingst wertbeständig Vor jedem Abschluss einer Versicherung wende man sich an unsere Verbandsbeamten oder die Geschäftsstellen der Gesellschaften in allen größeren Orten.



Mitarbeiter haupt- und nebenamtlich gesucht

Ia. Hobelbänke

beste südd. Ausführung. Blatt und Gestell aus gedämpftem, trockenem Buchenholz, mit Stahlspindeln

um Reklamepreis à Stück 95,— Mk.

rei jeder Station. Abbildungen gratis. Ia. Referenzen. Weißbuche polierte Hobel. Schraubenzwingen, Jagen-eimer, Schleifmaschinen, Turnierböcke usw. Werkzeugprospekte gegen 30 Pfg. Briefmarken.

Nichtgefallendes nehme ich zurück.

M. Walther, Dresden-N.
Rehefelder Str. 53 a.